

*Es gilt das gesprochene Wort!*

## Lokalmedien sind das Lebenselixier der Meinungsvielfalt

Anrede

Heute mangelt es uns nicht an Informationen, sondern an Aufmerksamkeit, die Vielfalt an Nachrichten und Eilmeldungen zu verarbeiten. Wie gut, dass es medial aufbereitete Angebote gibt. Redaktionen, die aus der Fülle von Nachrichten wichtige News machen. Die gewichten, hinterfragen und verdichten. Redaktionen, die Informationen aus der Region für die Region beleuchten. Diese Beiträge sind so elementar wichtig.

In Brandenburgs hat sich eine vielfältige Medienlandschaft herausgebildet: Lokale TV-Stationen, private und von Bürgern organisierte Radios, Regionalzeitungen und Wochenblätter, seit einigen Jahren auch zunehmend journalistische Angebote im Internet.

Diese Medienvielfalt kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern gut an: Die Zeitungen und Sendungen werden zahlreich und gerne genutzt, für viele Menschen sind sie eine wichtige Informationsquelle.

Auch aus diesem Grund sind die lokalen und regionalen Medien so wichtig für das Miteinander und den Austausch vor Ort: Sie liefern zuverlässig und bürgernah Nachrichten und Hintergründe; von den kleinen Freuden und Dramen des Alltags über politische Entwicklungen bis hin zu wirtschaftlichen oder sozialen Themen.

In den vergangenen Monaten sind die Zahlen bei Zuschauern, Zuhörern und online-Zugriffen deutlich gestiegen. Die Corona-Krise hat den Bedarf an Informationen erhöht. Das freut Fernseh- und Hörfunksender ebenso wie die Regionalzeitungen mit ihren Webseiten.

Landtag Brandenburg, 14. Mai 2020

Nur leider nützt das den Medien und den hinter ihnen stehenden Unternehmen nichts, weil zugleich in der Corona-Krise die Werbeeinnahmen eingebrochen sind. Für April werden die Einnahmerückgänge von der Werbewirtschaft auf mindestens 40 Prozent veranschlagt, manche befürchten noch Schlimmeres.

Diese Einbußen wachsen sich zu einer ernsten Gefahr für den Lokaljournalismus in unserem Land, den Kommunen und Regionen aus. Der Medienrat hat bereits gewarnt: Die Rundfunkvielfalt ist existenziell bedroht.

Es besteht also kein Zweifel, und da stimmen wir hoffentlich überein: Wir müssen handeln, um die journalistischen Angebote vor Ort zu erhalten. In Schwedt und Strausberg, in der Prignitz und der Lausitz, im Spreewald und in der Landeshauptstadt Potsdam.

Das ist nicht allein eine wirtschaftliche Frage, sonst gäbe es eine einfache Lösung: Für alle kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land haben wir einen Rettungsschirm aufgespannt. Auch Anbieter von journalistischen Programmen sind Unternehmen, die darunter Schutz vor den schwersten Auswirkungen der Pandemie finden. Viele von ihnen haben Soforthilfen beantragt und bekommen Unterstützung.

Auch der erleichterte Zugang zum Kurzarbeitergeld wurde und wird von etlichen Medienunternehmen in Brandenburg genutzt, um die Krise zu überstehen. Für die Mitarbeiter in den Redaktionen, die Techniker und Drucker ist das eine Belastung. Sie haben weniger Geld zur Verfügung, obwohl genug Arbeit da ist und der Arbeitsaufwand wegen der Beschränkungen auch gestiegen ist.

Soforthilfen und Kurzarbeitergeld stehen allen Firmen zur Verfügung, und sie helfen auch lokalen Medien bei finanziellen Engpässen. Aber es geht um mehr: Wir dürfen und wollen nicht zulassen, dass das Corona-Virus die gewachsene Medienvielfalt in den Regionen unseres Landes zerstört. Denn diese Vielfalt ist ein hohes Gut. Die bürger- und lebensnahe Berichterstattung stärkt die Identität in unseren Kommunen:

Wer sonst geht mit der Kamera auf ein Feuerwehrfest in Forst?  
Wer schaut genau hin, was Bürgermeister oder Landräte tun, was Kreistage beschließen?

Wer berichtet darüber, welche Auswirkungen die große oder auch die kleine Politik hat vor Ort, für die Menschen in den Städten und ländlichen Regionen?

Es sind die Journalistinnen und Journalisten im Lokalen.

Sie gehen raus, reden mit den Menschen, sitzen in Gemeindeversammlungen, Sporthallen und Theateraufführungen. Und weil das im Moment schlecht geht, finden sie andere Wege, über den Alltag mit Corona zu berichten. Diese Journalistinnen und Journalisten zählen für mich zu den Helden in der Krise, ebenso wie die Zeitungszusteller, die Kamera- und Tonleute beim Fernsehen, die Radioreporter und Moderatoren.

Und ihre Arbeit ist nicht leichter geworden. Auch sie sind zunehmend Angriffen ausgesetzt. Ein Ergebnis von Hass und Hetze ist leider auch, dass Journalisten auf Demos angerempelt und beleidigt werden. Man will sich nicht beobachten lassen, will nicht gesehen werden. Wer aber in den öffentlichen Raum geht und seiner Meinung Ausdruck verleiht, der muss auch damit leben, dass darüber berichtet wird. Man kann nicht zündeln und gleichzeitig erwarten, dass einen dabei niemand beobachten darf. Zur Meinungsfreiheit gehören mindestens immer zwei: Meinung und Gegenmeinung.

Und es ist gut, dass genauer hingeschaut wird. Es ist gut, dass Journalisten, Verfassungsschutz und neuerdings auch Ihr eigener Bundesvorstand genauer hinschaut, Herr Kalbitz. Einige Details Ihrer Biographie sind so bereits ans Licht gekommen. Ich kann ja verstehen, dass Ihnen das Unwohlsein bereitet. Ich kann verstehen, dass Sie Berichterstattungen dieser Art gern vermeiden würden. Aber wir als SPD – gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften – wissen um die Bedeutung der vierten Gewalt in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir werden sie immer verteidigen, gegen Ihre Angriffe und Versuche, den freien Journalismus mundtot zu machen. Wenn es nach Ihnen ginge würde es nur einen Sender geben: AfD-TV. Das werden wir verhindern!

Die Journalistinnen und Journalisten und ihre Medien leisten schon in normalen Zeiten unschätzbare Dienste für das Miteinander und die offene Diskussion – und damit für die Demokratie. Ohne die Medienschaffenden, ohne die Vielfalt der journalistischen Angebote und ihren fairen Wettbewerb um Leser, Zuhörer, Zuschauer wäre unser Land weniger offen, weniger kreativ und innovativ.

Sie schauen den Verantwortungsträgern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Finger, benennen Missstände und tragen so mittelbar zur Problemlösung bei. Sie sind damit das Lebenselixier der Meinungsvielfalt und der Demokratie. Das gilt auch und besonders für den Lokaljournalismus.

Dazu aber muss er unabhängig sein von staatlichem oder politischem Einfluss! Das unterscheidet eine freiheitliche Gesellschaft, wie wir sie in Deutschland seit 1949 haben, von totalitären Staaten.

Es liegt in unser aller Interesse, die Medienvielfalt – und das heißt besonders die kleinen, lokalen Medien – zu schützen gegen die Folgen der Pandemie. Und zugleich die Unabhängigkeit der Medien unbedingt zu bewahren.

Wir schlagen deshalb vor, Radio- und TV-Sender in Brandenburg zu unterstützen beim technischen Vertrieb ihrer Programme. Für diese Unterstützung sehen wir 750.000 Euro vor.

Bei den Printmedien ist die Lage etwas anders: Der Bund hat bereits ein Unterstützungsprogramm mit einem Volumen von 40 Millionen Euro für die Zeitungszustellung angekündigt. Wir hoffen, dass das in der akuten Krise schnell umgesetzt und aus unserer Sicht auch aufgestockt werden kann. Falls nicht, wird Brandenburg auch hier aktiv werden. In jedem Fall brauchen auch die Print- und Onlinemedien Unterstützung, aber eine Doppelförderung und verwirrende Antragswege wollen wir vermeiden.

Niemand bestreitet die Bedeutung der freien Presse für die Zivilgesellschaft und die Demokratie, außer vielleicht die Damen und Herren rechts von mir. Seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten wird in der Branche und im politischen Raum intensiv darüber geredet, wie Printmedien erhalten werden können. Die Digitalisierung und veränderte Nutzergewohnheiten haben lange vor Corona zu schweren wirtschaftlichen Problemen geführt. Die Pressekonzentration und damit die Verflachung der Medienlandschaft ist eine negative Folge.

Wir können aber die freie Presse nicht erhalten, wenn wir ihr die Unabhängigkeit durch direkte staatliche Unterstützung gefährden. Das lehnen im Übrigen nicht nur wir, sondern auch die betroffenen Verbände, Verleger und Journalisten ab.

Landtag Brandenburg, 14. Mai 2020

Wer das Kulturgut Printmedien schützen möchte – vor wirtschaftlichem Ausbluten ebenso wie vor politischer Einflussnahme – muss andere Wege der Finanzierung finden. Über verschiedene Modelle wie Stiftungen, gemeinnütziger Journalismus oder öffentlich-rechtliche Zeitungen wird seit langem gestritten; leider ohne konkretes Ergebnis.

Ich halte es für falsch, die Corona-Krise auszunutzen, um einfach einen Schlussstrich unter diese Debatten zu ziehen und die Staatsferne der Presse aufzugeben. Der Preis dafür wäre zweifellos viel zu hoch.

Lassen Sie uns gemeinsam dazu beitragen, den Lokaljournalismus in Brandenburg zu stärken und seine Vielfalt trotz der Pandemie zu bewahren. Ich bitte um Zustimmung zum Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Vielen Dank!